

## DER SENAT VERABSCHIEDETE DIE NOVELLE DES GESETZES ÜBER DIE GEFÖRDERTEN ENERGIEQUELLEN

Am 13.9.2013 verabschiedete der Senat des Parlaments der Tschechischen Republik den Gesetzentwurf, mit welchem das Gesetz Nr. 165/2012 Slg., über die geförderten Energiequellen („**Novelle ZPZE**“) geändert wird. Thematisch geht es um die Verlängerung der Solarabgabe, der Erstattung der mit der Stromversorgung verbundenen Kosten, der Aufhebung der Förderung für die dezentrale Stromerzeugung und die Einstellung der Förderung für neue Stromerzeugungsstätten. Wir verweisen hierzu auf unseren [News Alert 08/2013](#).

Die Novelle ZPZE wird nunmehr dem Staatspräsidenten der Tschechischen Republik weitergeleitet und es wird nicht erwartet, dass der Staatspräsident in diesem Falle von seinem Veto Gebrauch machen sollte. Ähnlich wie bei anderen Gesetzesentwürfen, die der Senat in der durch das Abgeordnetenhaus verabschiedeten Fassung ohne Veränderungsvorschläge (gemäß Artikel 46 der Verfassung) verabschiedet, stünde somit einer Veröffentlichung als geltenden Gesetzes in der Gesetzessammlung, womit das die Novelle ZPZE rechtskräftig würde, nichts im Wege.

An der Verfassungsgemäßheit der Novelle sind Zweifel laut geworden. So wird die Meinung vertreten, dass der Senat des Parlaments der Tschechischen Republik, dann keine Gesetzesentwürfe mehr verhandeln kann, wenn das Abgeordnetenhaus, welche den Entwurf zuvor verabschiedet hatte, nun nicht mehr existiert, weil es aufgelöst wurde. Bei den durch das Abgeordnetenhaus verabschiedeten Gesetzesentwürfen, die der Senat nicht verabschiedet hat, oder sie mit Veränderungsvorschlägen zurückgegeben hat, gilt nämlich, dass sie zwar als zurückgewiesen gelten, gleichwohl aber die Verfassung dem Abgeordnetenhaus das Recht einräumt, den Senat zu überstimmen. Das neue zukünftige Abgeordnetenhaus wird jedoch, aus Gründen der Geschäftsordnung, über diese Gesetzentwürfe nicht mehr entscheiden können.

Insofern bleibt abzuwarten, ob gegen die Novell ZPZE eine Verfassungsbeschwerde eingereicht wird, wenngleich auszuführen ist, dass die meisten juristischen Meinungen und Auffassungen davon ausgehen, dass derart vom Senat verabschiedeten Gesetze nicht angefochten werden können.

## DER SENAT VERABSCHIEDETE DIE NOVELLE DES

bpv BRAUN PARTNERS  
Palác Myslbek  
Ovocný trh 8  
CZ-110 00 Prag 1  
Tel.: (+420) 224 490 000  
Fax: (+420) 224 490 033  
[www.bpv-bp.com](http://www.bpv-bp.com)  
[info@bpv-bp.com](mailto:info@bpv-bp.com)



Unsere Veröffentlichungen dienen nur als allgemeine Information über aktuelle Themen, sie stellen keine Beratung dar. In ihnen werden keine speziellen Umstände, die finanzielle Situation oder spezielle Anforderungen des Lesers berücksichtigt. Unsere Leser sollten nicht ohne professionelle Beratung nur aufgrund dieser Veröffentlichung handeln. Trotz sorgfältiger Zusammenstellung können bpv Braun Partners s.r.o., deren Partner, Mitarbeiter oder kooperierenden Rechtsanwälte und Steuerberater keine Gewährleistung hinsichtlich der Korrektheit und Vollständigkeit der hierin enthaltenen Informationen geben und haften nicht für eine aufgrund der Veröffentlichung durchgeführte oder unterlassene Handlung.